

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, Christine Aschenberg-Dugnus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/15049 –**

Tempo in der Energiepolitik – Wasserstoff zum neuen Öl machen

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, das Angebot an Wasserstoff zu erhöhen, windreiche Regionen in der Nachbarschaft zu nutzen, um grünen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe auf Basis erneuerbaren Stroms herzustellen und dabei die Sektoren Gebäude und Verkehr zu integrieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/15049 abzulehnen.

Berlin, den 12. Februar 2020

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Steffen Kotré
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Steffen Kotré

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/15049** wurde in der 128. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. November 2019 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag stellende Fraktion der FDP führt aus, die Energie- und Klimapolitik der Bundesregierung sei national beschränkt, ineffizient und dadurch teuer. Deutschland habe die höchsten Strompreise in Europa. Von jedem für Strom gezahlten Euro seien in Deutschland 53 Cent staatlich veranlasst. Dies belastete nicht nur die Bürger und schade der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, es verhindere auch eine ganzheitliche und innovative Energiewende. Strom sei zu teuer, um fossile Brennstoffe zu verdrängen oder für die Produktion von grünem Wasserstoff eingesetzt zu werden. Aus diesem Grunde wird die Bundesregierung aufgefordert:

1. die Sektoren Gebäude und Verkehr in das europäische Emissionshandelssystem zu integrieren;
2. aus den zusätzlichen Einnahmen in Höhe von ca. 9,5 Milliarden Euro die staatlichen Strompreisbestandteile ab 2021 zu senken;
3. bis zu 500 Millionen Euro jährlich ab 2021 für EIB- und KfW-finanzierte Wasserstoffprojekte in Südeuropa und im nördlichen Afrika zur Verfügung zu stellen;
4. sich auf allen Ebenen für echte Technologieoffenheit einzusetzen und ein regulatorisches Level Playing Field für sämtliche Technologien zu schaffen, die zur Reduktion von Treibhausgasemissionen beitragen können;
5. sich auf EU-Ebene für die schnelle Umsetzung eines Zertifizierungssystems für klimaneutrale und treibhausgasarme Gase einzusetzen sowie die Anrechenbarkeit von synthetischen Kraftstoffen auf das Erneuerbare-Ziel gemäß der novellierten Erneuerbare-Energien-Richtlinie voranzutreiben;
6. sich auf EU-Ebene für das Ende der regulatorischen Diskriminierung von synthetischen Kraftstoffen bei der Anrechenbarkeit auf die CO₂-Flottengrenzwerte einzusetzen;
7. den Ausbau von Wasserstoff- und E-Fuels-Infrastruktur gleichberechtigt zum Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge voranzutreiben;
8. eine kontinuierlich ansteigende Verpflichtung zur Beimischung synthetischer Kraftstoffe zu prüfen;
9. die Anerkennung von grünem Wasserstoff als erneuerbare Energie in das Gebäudeenergiegesetz aufzunehmen;
10. eine Befreiung von der EEG-Umlage für Elektrolyseanlagen zur Herstellung von Wasserstoff aus erneuerbarem Strom zu prüfen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/15049 in seiner 54. Sitzung am 29. Januar 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/15049 in seiner 61. Sitzung am 12. Februar 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf der Drucksache 19/15049 in seiner 60. Sitzung am 12. Februar 2020 abschließend beraten.

Die den Antrag stellende **Fraktion der FDP** hob hervor, der Antrag dränge auf mehr Tempo beim Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft. Wasserstoff sei ein zentrales Bindeglied in einem klimaneutralen Energiesystem der Zukunft. Die Fraktion begrüße es, wenn mittlerweile auch die Verfechter der direkten Elektrifizierung eingesehen hätten, dass die Energieversorgung in Deutschland nicht allein auf der Basis von in Deutschland erzeugtem erneuerbaren Strom klimaneutral sichergestellt werden könne. Deutschland werde auch zukünftig auf Energieimporte angewiesen sein. Weiterhin regte die Fraktion die Gründung einer Europäischen Wasserstoffunion nach dem Vorbild der EURATOM oder der EGKS an. Während der deutschen Ratspräsidentschaft böte sich auch die Gelegenheit, diese Europäische Wasserstoffunion auf den Weg zu bringen. Der vorliegende Antrag datiere zwar vom Herbst 2019, die bereits im Jahr 2019 immer wieder von der Bundesregierung angekündigte Wasserstoffstrategie liege allerdings immer noch nicht vor. Schließlich forderte die Fraktion die Bundesregierung auf, bei der Wasserstoffstrategie nicht in alte Muster zurückzufallen, beispielsweise nicht in eine planwirtschaftliche Detailsteuerung.

Die **Fraktion der CDU/CSU** leitete ein, der Antrag der FDP enthalte in weiten Teilen viele Aspekte, die die Fraktion der CDU/CSU ebenso sehe. Einige der Forderungen hätten sich durch das vorgelegte Klimaprogramm jedoch bereits erledigt. Darüber hinaus würden sich viele Antworten auf den Antrag der FDP auch im Zusammenhang mit dem „Green Deal“ der EU ergeben. Die Fraktion bitte alle im Parlament vertretenen Parteien, sich in diesem Sinne auch in Brüssel bei den Schwesterparteien beziehungsweise bei den Abgeordneten aus den eigenen Fraktionen für eine entsprechende Unterstützung dieser Positionen einzusetzen. Aus Brüssel sei manchmal zu vernehmen, dass viele Positionen, die hier in Deutschland selbstverständlich von den Parteien getragen würden, in Brüssel ganz anders gesehen würden. Hier werde über das Thema CO₂-Emissionshandel für den Gebäude- und den Verkehrssektor geredet. In Brüssel gebe es allerdings eine breite Front von Ordnungspolitikern.

Die **Fraktion der SPD** wies ihrerseits darauf hin, viele Aspekte des Antrags hätten sich mit der Zeit erledigt. Der von der Fraktion der FDP geforderte direkte Einstieg in das europäische Emissionshandelssystem sei unrealistisch. Ungeachtet dessen sei ein klares Bekenntnis zu fordern, Wasserstoff müsse natürlich „grün“ sein. Sicherlich werde im Übergang „blauer“ Wasserstoff benötigt, für welche Funktion auch immer. Trotzdem sei eine Regulierung notwendig, die dem „grünen“ Wasserstoff zum Durchbruch ver helfe. Ein Mittel hierzu könnten Quoten und Anrechenbarkeiten sein. Es sei eine Tatsache, wenn Deutschland seine Aufgaben nicht im eigenen Land erfülle, werde es auch keine innovativen Systeme verkaufen können. Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau sage sehr deutlich, die bei der Photovoltaik gemachten Fehler dürften sich nicht wiederholen.

Die **Fraktion der AfD** konzidierte, der Antrag enthalte viele sinnvolle Dinge. Dies aber leider nur vor dem Hintergrund der Energiewende, die nicht funktionieren werde. Wasserstoff werde als eine der Grundlagen der Energiewende gesehen, Öl und Gas existierten und funktionierten bereits. Die Wasserstofftechnologie sei zwar schon siebzig bis einhundert Jahre alt, habe sich aber am Markt nicht durchgesetzt. Der Versuch, die Wasserstofftechnologie mit aller Macht durchzusetzen, verschleudere Volksvermögen. Wenn dann noch der Versuch hinzu trete, den Wasserstoff „grün“ zu machen, dann koste das die Volkswirtschaft noch viel mehr. Der Ansatz, einen Energiemix zu finden sei richtig, dies dürfe allerdings nicht in Form einer an eine Planwirtschaft erinnernde Energiewende erfolgen.

Die **Fraktion DIE LINKE**. kritisierte, die Bundesregierung habe ihren Klimaplan immer noch nicht an die EU gemeldet. Der Kohleausstieg in Deutschland komme nicht nur zu spät, sondern er falle noch wesentlich schlechter aus, als ihn die Kohlekommission vorgeschlagen habe. DIE LINKE. widersetze sich auch der Ausweitung des Emissionshandels auf die Sektoren Verkehr und Wärme. Eine Lenkungswirkung des Emissionshandels werde erst bei einem extrem hohen Einstiegspreis einsetzen. Ein hoher Einstiegspreis werde aber zu sozialen Ungleichgewichten führen. Was die Wasserstofftechnologie angehe, setze die Fraktion eindeutig auf „grünen“ Wasserstoff. Aktuell würden weit über neunzig Prozent des Wasserstoffes aus Erdgas gewonnen. Dessen Energiebilanz sei verheerend. Deutschland müsse die Technologien zur Herstellung von „grünem“ Wasserstoff fördern. Dazu gehöre auch, schädlichere Technologien zu verteuern.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, die Frage der Nutzung von Wasserstoff beschäftige viele Menschen im Kontext der Energiewende. Die Fraktion stelle sehr wohl die Frage nach „blauem“ oder „grünem“ Wasserstoff, das heiße, welche Folgen dessen Erzeugung für das Klima haben werde. Die Fraktion kritisierte gleichfalls den Versuch, die Sektoren Gebäude und Verkehr in das Emissionshandelssystem zu integrieren. Hierfür gebe es klgere Lösungen, um einen entsprechenden CO₂-Preis auch in diesen Sektoren einzuführen und zu nutzen. Die Fraktion sah ebenfalls die Forderungen der FDP kritisch, parallel zur Elektromobilität im PKW-Bereich auch noch eine Struktur zur Versorgung mit Wasserstoff und E-Fuels aufzubauen. Dies werde mit immensen Kosten für die Volkswirtschaft verbunden sein. Dagegen seien die Debatten auch bei den Herstellern klug, sich im PKW-Bereich auf Elektromobilität zu fokussieren.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/15049 zu empfehlen.

Berlin, den 12. Februar 2020

Steffen Kotr
Berichterstatter

